

Auf der Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Aurich-Norden von Bündnis 90/Die Grünen in Wirdum wurde mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, die sich kritisch mit dem LNG-Terminal in Wilhelmshaven auseinandersetzt und von Bund und Land den sofortigen Stopp der Einleitung von Bioziden in das hochsensible Ökosystem Wattenmeer fordert.

Es sei nicht zu verantworten, eine umweltschädliche Technologie einzusetzen, bei der täglich über 530.000 t biozidbelasteter Abwässer über die Jade in das UNESCO Weltnaturerbe eingeleitet werden. Der massive Einsatz giftiger Biozide gefährde Fischerei, Tourismus und die Lebensgrundlagen der Küstenbewohner\*innen. Obwohl es bereits biozidfreie Verfahren gäbe, werde in Wilhelmshaven das schadstoffemittierende LNG-Terminal-Schiff „Höegh Esperanza“ der Reederei MOL eingesetzt.

Dieses Schiff sollte ursprünglich ab 2023 nahe Melbourne Flüssiggas in den Bundesstaat Victoria bringen. Dieses Vorhaben wurde aber von der dortigen Regierung verhindert. Nach ihrer Beurteilung seien die Auswirkungen auf die Umwelt zu gravierend. Der zuständige Minister Richard Wynne erklärte, dass dieses Projekt „inakzeptable“ Folgen für die Natur haben werde.

Der GRÜNE Kreisverband Aurich-Norden unterstützt die angekündigten Klagen der Naturschutz- und Umweltverbände, der Deutschen Umwelthilfe und des KV Wilhelmshaven ausdrücklich.

Zudem fordert er, dass die Nutzung von Flüssiggas analog zum Kohleausstieg bis 2030 begrenzt wird, da diese sogenannte Brückentechnologie nicht geeignet sei, den CO<sub>2</sub>-Verbrauch zu senken und durch die bei Lagerung und Transport freigesetzten klimaschädliche Methan-Emissionen die Einhaltung der angestrebten Klimaziele unmöglich mache.

Die Resolution im Wortlaut:

### **Schutz des UNESCO Weltnaturerbes Wattenmeer**

Der Energiekonzern Uniper und die japanische Reederei MOL betreiben seit Ende 2022 eine schwimmende Regasifizierungsanlage in Wilhelmshaven. Verwendet wird dabei amerikanisches Frackinggas und Erdgas aus Katar. Die Verflüssigung erfordert einen hohen Energiebedarf von ca. 25 % des Energieinhalts.

Um das Flüssiggas wieder zu verdampfen, benötigt dieses Terminal täglich 530.000 m<sup>3</sup> Meerwasser. Dies entspricht dem Tageswasserbedarf aller niedersächsischen Haushalte. Um die Verdampferanlage von Seepocken, Muscheln und Algen freizuhalten, wird dem Meerwasser ein giftiges Biozid beigefügt und anschließend in das Weltnaturerbe Wattenmeer eingeleitet. Selbst unter Berücksichtigung der durch den Ukraine-Krieg ausgelösten Energiekrise ist die Verwendung einer derart umweltbelastenden Technologie nicht zu rechtfertigen, insbesondere da bereits biozidfreie Verfahren verfügbar sind.

Wir fordern Bund und Land auf, das derzeit in Wilhelmshaven eingesetzte biozidbelastete Verfahren mit sofortiger Wirkung zu untersagen und auf ein schadstofffreies Verfahren umzustellen. Der massive Einsatz der Biozide gefährdet Fischerei, Tourismus und die Lebensgrundlagen der Küstenbewohner\*innen. Es ist mit unseren GRÜNEN Zielen nicht zu

verantworten, dass durch dieses Regasifizierungsverfahren der schützenswerten und artenreichen Lebensraum im Nationalpark Wattenmeer nachhaltig geschädigt wird.

Widerspruch und Klagen der Naturschutz- und Umweltverbände, der Deutschen Umwelthilfe und des KV Wilhelmshaven unterstützen wir ausdrücklich.

### **Abhängigkeit von fossilen Energieträgern beenden**

Bei den LNG-Terminals wird von einer ‚Brückentechnologie‘ gesprochen. (Flüssig)Erdgas ist aber kein Baustein zur Energiewende, sondern nur die Fortsetzung der bisherigen Energieerzeugung aus fossilen Brennstoffen, bei der neben großen Mengen an CO<sub>2</sub> auch erhebliche Mengen klimaschädlichen Methans emittiert werden.

Die Laufzeit der Anlage in Wilhelmshaven wurde bis 2043 genehmigt, die Lieferverträge mit Katar enden frühestens nach 15 Jahren. Die Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und die Einhaltung unserer Klimaziele sind so undenkbar. Um sie erreichen zu können, fordern wir daher analog zum Ausstieg aus der Kohle die Beendigung dieser sogenannten ‚Brückentechnologie‘ bis Ende 2030.

Bild: [JoachimKohlerBremen CC BY-SA 4.0](#)